

## **Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 18.01.2018**

Vergangene Woche tagte der Gemeinderat, nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

### **Haushaltsplan mit Haushaltssatzung 2018, Anträge der Wählergruppierungen – Beratung und Beschlussfassung**

Nachdem der Planentwurf im Dezember 2017 von BM Link vorgestellt worden war, hatten die Ratsmitglieder zum Jahresbeginn ihre haushaltsrelevanten Anträge eingereicht, die nun vom Gremium beraten wurden.

Dabei wurden folgende Beschlüsse gefasst: Der eingestellte Planansatz für die Einrichtung eines Bürgerbüros wurde gestrichen. Für die Renovierung der gemeindeeigenen Gebäude Frühlingstr. 26-28 wird ein Sanierungskonzept erarbeitet, über das der Gemeinderat beschließen wird. Haushaltsreste aus 2017 werden gebildet für das Vordach der Aussegnungshalle, die Sanierung Göppinger Straße, Erschließung Raubis III. Der Planansatz für das Landessanierungsprogramm für den Ortsteil Pliensbach muss im Haushaltsplan dargestellt bleiben, damit die Förderung der Maßnahme beim Regierungspräsidium beantragt werden kann. Die Ausgaben für die vorgesehene Wärmebox für die Winterdienstfahrzeuge der Gemeinde erhalten einen Sperrvermerk. Die Verwaltung wird die Alternativlösung eines Wärmesystems für die Geräte prüfen und dem Gemeinderat vorlegen. Die Mittel für die Errichtung von zwei Ladestationen für E-Autos wurden vom Gemeinderat gestrichen, nachdem der Ratsrund betonte, dass das Funktionieren des ÖPNV wichtiger ist und eine Anbindung an den Kirchheimer Raum dringender wäre. Zum Antrag eine weitere Sammelstelle für Friedhofabfälle zu errichten, wird sich die Gemeindeverwaltung Gedanken machen. Zum Antrag die Fußwege am Friedhof zu pflastern, wird das Verbandsbauamt die Kosten ermitteln, danach kann darüber entschieden werden. Die Mittel für ein Wiesennachsaatgerät sollen im Haushalt bleiben, nachdem dafür der Jagdpachtzins eingesetzt wird und die Landwirte durch das Gerät die Möglichkeit haben, entstandene Schäden durch die Wildschweine zu minimieren. Zum Antrag die Skateranlage zu verlegen betonte der Ratsvorsitzende, dass die Herstellung des Platzes 15.-25.000 € Kosten verursacht und die Schule dies in der Vergangenheit abgelehnt hat. Er wird dies aber gerne nochmals mit der Schulleiterin besprechen.

Eine breite Diskussion entwickelte sich über den Antrag des Bürgerforums die Gewerbesteuer um 20 Punkte zu erhöhen und Rücklagen zu bilden. Es wurde betont, dass es den Betrieben gut gehe und die Erhöhung nicht zu hoch ausfalle. Durch die gewerbliche Entwicklung in der Kommune wurden viele Arbeitsplätze geschaffen so dass Familien Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder benötigen. Mit der Sanierung / dem Neubau der Alten Schule steht für die Gemeinde ein Großbauprojekt an, das finanziert werden müsse. Zudem wurde die Gewerbesteuer seit 12 Jahren nicht mehr erhöht. Der durchschnittliche Hebesatz im Landkreis beträgt 364 Punkte und die Gemeinde liegt mit 350 Punkten darunter. Der Vorsitzende erklärte darauf, dass eventuell nicht alle Wünsche erfüllt werden können und vielmehr weitere Einnahmen über Baulandumlegungen gewonnen werden sollten. Sofern Steuererhöhungen kommen sollen, sollte dies nicht nur auf die Gewerbesteuer beschränkt werden, sondern auch die Grundsteuer umfassen. Der Antrag die Gewerbesteuer auf 370 Punkte zu erhöhen wurde mehrheitlich abgelehnt, die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 360 Punkte wurde aber mehrheitlich beschlossen, was rund 42.000 € an Mehreinnahmen bringt. Die Umlage an das Gruppenklärwerk in Wendlingen erhöht sich, nachdem sich das Beteiligungsverhältnis

der Gemeinde erhöht hat und die Inbetriebnahme der 4. Reinigungsstufe beim Gruppenklärwerk die Betriebskosten steigert. Der Antrag auf Wiedereinführung der Pflanzung von Geburtsbäumen wurde dahingehend beschlossen, dass diejenigen, die ein eigenes Grundstück haben und auf diesem einen Baum für ein Neugeborenes setzen wollen, von der Gemeinde ab 2018 die Kosten eines Streuobstbaumes auf Antrag ersetzt bekommen.

Die hinterfragte Finanzierung der Sanierung des Grabmals des Försterehepaars Rieger zwischen Rathaus und Martinskirche wird dem Gemeinderat erläutert, sobald die exakten Kosten ermittelt sind. Nachdem die E-Bikes der Gemeinde etwas in die Jahre gekommen sind, war vorgeschlagen worden, die Räder zu veräußern, was mehrheitlich beschlossen wurde. Der Planansatz für den Umbau des Physikraums mit seinem Vorbereitungsraum in einen Fachraum und ein Büro wird mit einem Sperrvermerk versehen und nach der exakten Kostenermittlung dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt. Der Ansatz für das innerörtliche Leitsystem sieht einen Ersatz des vorhandenen Systems vor. Das Buswartehaus in der Göppinger Straße soll ansprechender und leichter gestaltet werden sowie eine behindertengerechte Ausführung der Zustiegsmöglichkeit erhalten, weshalb Mittel im Haushaltsplan veranschlagt sind.

Abschließend wurde dem Haushaltsplan mit der Haushaltssatzung einstimmig zugestimmt. Danach umfasst das Haushaltsvolumen 10,910 Mio. €, wovon 9,028 Mio. € auf den Verwaltungshaushalt und 1,881 Mio. € auf den Vermögenshaushalt entfallen. Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt beläuft sich auf 1.153.900 Mio. €, die Rücklagenentnahme beträgt 547.900 €. Die Gewerbesteuer wurde um 10 Punkte auf 360 vom Hundert erhöht, die Grundsteuersätze bleiben unverändert.

### **Bausachen**

Das kommunale Einvernehmen wurde zu folgenden Anträgen erteilt:

1. Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage, Ahornweg 12,
2. Abbruch des Stall- und Scheunengebäudes, Weilerstr. 15,
3. Neubau eines Zweifamilienwohnhauses mit zwei Garagen, Buchenweg 7.

Der Antrag auf Neubau eines 6-Familienhauses mit vier Garagen, Schulstr. 11, wurde abgelehnt, da die Fläche als private Grünfläche ausgewiesen ist.

### **Austausch der EDV im Rathaus**

2012 wurde die Hardware im Rathaus auf den neuesten Stand umgerüstet. Zwischenzeitlich entsprechen die Geräte nicht mehr den heutigen Anforderungen und müssen ausgetauscht und ein neues Hard- und Softwareprogramm geschnürt werden. Dies verursacht monatliche Kosten von rund 770 € mit einer Laufzeit von 48 Monaten sowie weiteren Beschaffungen von Lizenzen, wofür Ausgaben von 3.000-4.000 € anfallen werden. Der Gemeinderat hat der Auftragsvergabe entsprechend zugestimmt.

### **Erlass einer Satzung über die Durchführung eines verkaufsoffenen Sonntags anlässlich der 5. Zeller Gewerbeschau am 10.06.2018 / Zeller Frühling**

Nach den Erfolgen in der Vergangenheit möchte der Gewerbeverein im Juni 2018 erneut eine Gewerbeschau veranstalten, damit sich die örtlichen Betriebe, Handel und Gewerbe der Öffentlichkeit präsentieren können. Im Rahmen des Tags soll ein verkaufsoffener Sonntag stattfinden, bei dem verkauft werden kann. Der

Gemeinderat hat deshalb die entsprechende Satzung beschlossen, die an anderer Stelle im Mitteilungsblatt veröffentlicht wird.

### **Bekanntgaben**

1. Am 15.01.2018 hat der neue Gemeindevollzugsbedienstete der Gemeinde, Herr Süleyman Sözener seine Tätigkeit begonnen und wird künftig in der Kommune den ruhenden Verkehr sowie die Einhaltung der Polizeiverordnung überwachen.
2. Laut Mitteilung des Statistischen Landesamtes waren zum 31.12.2016 insgesamt 3.114 Einwohner in der Gemeinde gemeldet, davon 1.555 Männer und 1.559 Frauen.
3. Die Kreisstraße nach Hattenhofen 1421 wird während der Pfingstferien saniert. Baubeginn ist der 22.05.2018. Der Busverkehr wird über die Feldwege Reustadt, Bruckwiesen, Hattenhofer Weg geführt.

### **Verschiedenes**

1. Aus der Mitte des Gremiums wurde darum gebeten zu klären, was genau alles auf dem Grüngutsammelplatz der Gemeinde angeliefert werden darf. Die Verwaltung wird eine entsprechende Liste veröffentlichen.
2. Kritik wurde daran geäußert, dass aufgrund einer gewerblichen Baustelle in der Ohmder Straße der Gehweg gesperrt ist. Die entsprechende Ausschilderung muss vom Bauherrn noch erledigt werden
3. Angeregt wurde zudem, dass der Radweg nach Bad Boll mit der Kehrmachine gereinigt wird.

### **Frageviertelstunde**

Aus der Mitte der Zuhörer wurde hinterfragt, wann die Baustelle im Gehwegbereich Brunnenwiesen wieder eine Asphaltsschicht erhält. Zudem wurde die Umsetzung der Bodensanierungsarbeiten im Sekretariat der Schule sowie der Sperrvermerk zum Umbau des Physiksaals hinterfragt.